Gegründet 1877 Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg.

Erscheint wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 264 | Altensteig, Mittwoch den 11. November 1931 | 54. Jahrgang

Beginn der Beratungen des Wirtschaftsbeirats

Die erste Ausschußsitzung — Das Ergebnis der Kabinettsberatungen

Berlin, 10. Nov. Der erste Ausschuß des Wirtschaftsbeirates, der sich mit der Herabsetzung von Produktionskosten und Preisen zu befassen hat, ist Dienstag vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Sie begann damit, daß der **Kanzler dem Ausschuß zunächst die Leitsätze vorschlug,** die das Kabinett ausgearbeitet hat. Es handelt sich dabei allerdings nicht um fertige Lösungen, die die Reichsregierung dem Wirtschaftsbeirat vorschlägt, und über die er sich dann nur gutachtlich zu äußern hätte, sondern mehr um eine Disposition für den Gang der Verhandlungen, um ein Verzeichnis der Fragen, die angefaßt werden müssen, wenn man die Ziele erreichen will, die in den ersten Plenarsitzungen des Wirtschaftsbeirates vor 10 Tagen aufgezeigt wurden.

Der Wirtschaftsbeirat wird also von sich aus Wege zeigen müssen. Dabei kann man aber wohl annehmen, daß das **Reichskabinett seinen eigenen Standpunkt** zu den Problemen bereits gewonnen hat. Die gestrigen Beratungen des Kabinetts dauerten bis gegen Mitternacht und schon aus dieser langen Zeit ergibt sich eigentlich, daß die Reichsregierung die einzelnen Fragen bereits recht gründlich behandelt hat. Es scheint, daß das Kabinett gewissermaßen den Spielraum ausgemessen hat, der zwischen einem Maximal- und einem Minimalprogramm möglich wäre, und daß die Lösungen, die aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates herauskommen, sich innerhalb dieses Rahmens bewegen müssen. Aus all dem, was bisher an Kritik und Vorschlägen an die Regierung herangetragen worden ist, sollen jetzt die Konsequenzen gezogen werden; und da wird sich nach Auffassung gut unterrichteter Kreise schon sehr schnell zeigen, daß die viel besprochene Beseitigung oder auch nur Auflockerung der Bindungen **auf sehr viel mehr Schwierigkeiten stößt, als die Kritiker selbst vielleicht erwartet haben.** Sollte es nicht gelingen, in der einen oder anderen Frage zu einer Verständigung zu gelangen, so müßte das Kabinett natürlich von sich aus seine Entscheidungen treffen. Auf jeden Fall rechnet man damit, daß die **Verhandlungen des Beirates etwa eine gute Woche in Anspruch nehmen,** und daß das Kabinett dann an die **Ausarbeitung der großen Wirtschaftsnotverordnung** herangehen wird, die bestimmt bis Ende dieses Monats fertiggestellt werden soll.

Rundfunkkonflikt zwischen Reich und Preußen

Berlin, 10. Nov. Im Zusammenhang mit einem im Berliner Rundfunk gehaltenen Vortrag von Paul Hältermann über das Thema „Arbeiterschaft und Staat" ist es innerhalb des Ueberwachungsausschusses zu **Unstimmigkeiten über die Frage gekommen, ob einzelne Stellen dieses Vortrages als parteipolitisch anzusehen sind** und deswegen gestrichen werden mußten. Der Vertreter des Reichsinnenministeriums hat einige Stellen des Vortrages als parteipolitisch beanstandet; er wurde aber von den preußischen Vertretern überstimmt. Reichsinnenminister **Gröner** hat ebenfalls nach Prüfung des Vortragsmanuskriptes den Standpunkt eingenommen, daß der Vortrag stellenweise parteipolitischen Charakter trage. Der Minister hat dieser Meinung in einem **Schreiben an das preußische Staatsministerium zu Händen des Staatssekretärs Weismann** Ausdruck gegeben und betont, daß der Vortrag parteipolitischen Charakter trage und mit den Richtlinien des Rundfunks nicht vereinbar sei. Dieses Schreiben ist nachmittags um 4.20 Uhr durch den Referenten persönlich im preußischen Staatsministerium abgegeben worden. Um 7 Uhr abends hat Staatssekretär **Weismann** dem Reichsinnenminister telephonisch mitgeteilt, daß er soeben erst das Schreiben erhalten habe und leider nicht mehr in der Lage sei, etwas zu unternehmen, da der Vortrag bereits gehalten war.

Wie wir im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit aus dem Reichsinnenministerium erfahren, hält Reichsinnenminister **Gröner die bestehende Organisation des Rundfunks für unmöglich,** insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, daß in den **Ueberwachungsausschüssen der örtlichen Sendegesellschaften immer nur ein Vertreter des Reiches zwei Ländervertretern gegenübersteht,** also in jedem Falle überstimmt werden kann. Der Minister beabsichtigt, beschleunigte Schritte für eine **Abänderung der Rundfunkorganisation** zu unternehmen.

Neue Unterredung Hösch-Laval

Paris, 10. Nov. Botschafter von Hösch hatte am Dienstag mittag eine Unterredung mit Außenminister Briand, in deren Verlauf außer den Fragen, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammentretende **Völkerbundsrat** zu beschäftigen haben wird, die Verhandlungen fortgesetzt wurden, die seit der Rückkehr des französischen Ministerpräsidenten Laval eingeleitet worden sind. Es wurden alle die Fragen erörtert, die sich auf die **Wiederaufnahme der Reparationszahlungen** nach Beendigung des Hoover-Feierjahres beziehen. Wenn man den französischen Blättern Glauben schenken darf, wird jetzt in der Hauptsache die Frage der **Kompetenz des Sachverständigenausschusses** behandelt, der nach den Bestimmungen des Youngplanes erneut die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen hat.

Verordnung über Aufwertungssachen

Berlin, 10. November. Der Herr Reichspräsident hat am 10. November aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Notverordnung über die Zahlungsfrist in Aufwertungssachen erlassen. Am 1. Januar 1932 werden die von den Gläubigern vor Jahresfrist gekündigten Aufwertungshypotheken fällig. Nach dem Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken vom 18. Juli 1930 hat zwar der Grundstücks-Eigentümer die Möglichkeit gehabt, innerhalb von drei Monaten nach Zugang der Kündigung bei der Aufwertungsstelle eine Zahlungsfrist zu beantragen. Zahlreiche Schuldner haben aber damals den Antrag nicht gestellt, weil sie mit Recht annehmen konnten, den Aufwertungsbetrag 1932 zahlen zu können. Endlich haben in den Fällen, in denen das Zahlungsfristverfahren durchgeführt ist, häufig die Aufwertungsstellen den Antrag abgelehnt, weil nach der damaligen Wirtschaftslage die Aufwertungsstelle zu der Auffassung kam, daß dem Schuldner die Rückzahlung der Hypothek zuzumuten sei.

Diese Verhältnisse haben sich durch die Ereignisse seit Juni d. J. grundlegend geändert. Die neue Verordnung sieht daher vor, daß in den angegebenen Fällen die Schuldner, die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse überrascht worden sind, bis zum Ablauf des 30. November 1931 bei der Aufwertungsstelle den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nachholen oder ihn, sofern er bereits rechtskräftig abgewiesen war, erneuern können. Vorausgesetzt ist dabei, daß die durch die Veränderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse geschaffene Lage nicht schon in einem früheren Zahlungsfristverfahren berücksichtigt werden konnte.

Nach der Notverordnung kann weiter den Schuldnern von Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen eine Zahlungsfrist für die am 31. Dezember d. J. fällig werdenden aufgewerteten Kapitalbeträge — nicht aber für die bis zum 31. Dezember 1931 gestundeten Tilgungsteilbeträge — in ähnlicher Weise gewährt werden, wie dies in dem Aufwertungsschuldgesetz vom 18. Juni 1930 für die Schuldner aufgewerteter Hypotheken vorgesehen ist. Die Zahlungsfrist, die nur bis zum 31. Dezember 1934 bewilligt werden kann, und während deren nach Möglichkeit Auszahlungen geleistet werden sollen, darf nur gewährt werden, wenn der Schuldner infolge der Veränderung der allgemeinen Wirtschaftslage über die zur Rückzahlung notwendigen finanziellen Mittel nicht verfügt, sie sich auch nicht zu zumutbaren Bedingungen verschaffen kann, oder wenn die Rückzahlung nicht ohne Gefährdung der Fortführung des Unternehmens erfolgen könnte. Die gestundeten Beträge sind ab 1. Januar 1932 mit 7½ Proz. jährlich zu verzinsen und mit einem Aufgeld von 2 Prozent für jedes angefangene Kalenderjahr, für das die Stundung in Anspruch genommen wird, zurückzuzahlen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion

zu sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen

Darmstadt, 9. Nov. Die deutschnationale Reichstagsfraktion war in Anwesenheit des Parteivorsitzenden Dr. **Hugenberg** in Darmstadt zusammengetreten. Die Abgeordneten Dr. Bang und Schiele-Naumburg referierten über **Währungsfragen** und bestritten, daß die Deutschnationale Volkspartei inflationistische Bestrebungen habe. Die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den **sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen** wurde von neuem festgelegt. In dem von der Fraktion ausgegebenen Bericht heißt es, daß die Deutschnationale Volkspartei die **Abkehr von der Erfüllungspolitik** als eine soziale Notwendigkeit bezeichnet. Es wird eine **Umstellung der Wirtschaftspolitik** verlangt. Die Unterstützung des Sparsinns und die Bildung und Sicherung von Kapitalreserven in allen Volksschichten wird gefordert und die Befreiung der deutschen Wirtschaft von der Versklavung durch unverantwortliches internationales Großkapital. Die Deutschnationale Partei fordert nationale Wirtschaft. In der Stellungnahme heißt es weiter, daß der Aufbau der deutschen Wirtschaft durch den Terror falscher Gewerkschaftspolitik behindert werde. Darum bekämpften die Deutschnationalen die Politik klassenkämpferischer Verbände auf Arbeitnehmer- wie auf Arbeitgeberseite; sie bekämpften das tatsächlich bestehende **Gewerkschaftsmonopol.** Die Tarifpolitik müsse davon ausgehen, daß alle Kopf- und Handarbeiter in ihrer Gesamtheit Träger der Wirtschaft seien und von ihrem Gedeihen abhängen. Darum kämpften die Deutschnationalen für die Freiheit der Wirtschaft gegen Zwangsbewirtschaftung der Löhne und Preise und für den sozialen Gedanken gegen den Gruppenegoismus. Die Deutschnationalen stünden fest auf innerer Tradition der **deutschen Sozialgesetzgebung,** wie sie in der Kaiserbotschaft von 1888 begonnen habe. Der Marxismus habe das Vermögen der Sozialversicherung aufs schwerste gefährdet. Eine Reform sei unvermeidlich geworden. Darum werde eine wahre Lebensversicherung der deutschen Arbeiterschaft gefordert. Dem Gedanken des Klassenkampfes setzten die Deutschnationalen den Gedanken der nationalen Solidarität und der Kameradschaft entgegen.

Eine Bluttat

Gewalttätiger Landwirt erschießt einen Gerichtsvollzieher

Offenburg, 10. Nov. Der Gerichtsvollzieher Jüger aus Offenburg-Baden wurde heute vormittag von dem Landwirt Bühler im Weiler Neubauern bei Zell a. H., zu dem er gekommen war, um ein gepfändetes Kalb zur Versteigerung abzuholen, erschossen. Bühler verschanzte sich nach der Bluttat in seinem Hause, wo er von Gendarmerie und Polizei belagert wird.

Nach dreistündiger Belagerung durch Gendarmerie und Schutzpolizei hat sich Bühler ergeben. 10 Mann Schupo aus Offenburg und Gendarmeriebeamte aus Offenburg und Zell a. H. hatten von 10.30 Uhr bis 1.30 Uhr das Haus des Bühler umstellt. Auch das Freiburger Ueberfallkommando war alarmiert worden, brauchte aber nicht mehr in Aktion zu treten. Da die Gewalttätigkeit Bühlers allgemein bekannt war, kreiste man vorsichtig das Haus ein. Dann begab sich Polizeihauptmann Reß aus Offenburg nach der Rückseite des Anwesens und warf eine **Handgranate** in den Hof, sprang hierauf mit einer Handgranate vor und forderte Bühler auf, das Haus auf der Vorderseite zu verlassen. Dieser Aufforderung leistete Bühler mit hocherhobenen Händen gleich darauf Folge. Schupobeamte umringten ihn sofort und widerstandslos ließ er sich abführen. Es wurde ins Offenburger Gerichtsgefängnis verbracht.

Zum Ladenschluß am Heiligabend

Berlin, 10. Nov. Bekanntlich bemühen sich Reichsregierung und Reichsrat seit über zwei Jahren um eine endgültige gesetzliche Regelung des Ladenschlusses am 24. Dezember. Im Vorjahre ist es aus formellen Gründen und wegen des Einspruches des Reichsrats nicht möglich gewesen, das damals vom Reichstag beschlossene Gesetz in Kraft zu setzen. In diesem Jahre hatte das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dann vom Reichsrat dahin abgeändert wurde, daß der Ladenschluß am Heiligabend auf 5.30 Uhr festgesetzt werden sollte. Da der Reichstag vor Weihnachten nicht mehr zusammentritt und die Reichsregierung nicht beabsichtigt, diese Frage durch Notverordnung zu regeln, wird es auch in diesem Jahre **bei der Regelung der früheren Jahre** bleiben. Allgemeiner **Ladenschluß ist also um 5 Uhr.** Ladenschluß der **Lebensmittel-, Genußmittel- und Blumengeschäfte um 6 Uhr.** Eine reichsgesetzliche Beschränkung der Gast- und Schankwirtschaften erfolgt nicht.

Eröffnung des engl. Parlaments

London, 10. Nov. Der König begab sich Dienstag vormittag in Begleitung der Königin in der goldenen Staatskutsche von dem Buckinghampalast nach Westminster, um das Parlament zu eröffnen. Der seltene Anblick der prächtigen Kutsche, eskortiert von berittener Leibgarde mit ihren rotweißen Uniformen, mit blitzenden Brustschilden hatte trotz des regnerischen Wetters eine große Menge von Schaulustigen herbeigelockt, die Spalier standen. Dies ist das erste Parlament einer Koalitionsregierung, das seit dem Kriege durch den König eröffnet wird.

Die englische Thronrede

In seiner Thronrede anläßlich der Eröffnung des Parlaments erklärte der **König:** Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind nach wie vor freundschaftlich. Meine Regierung beabsichtigt, sich weiterhin der **Förderung des Friedens und der Verständigung** zu widmen und tätigen Anteil an den Arbeiten des Völkerbundes zu nehmen. Insbesondere schenkt meine Regierung den Vorbereitungen für die bevorstehende **Abrüstungskonferenz** große Aufmerksamkeit und ich bin überzeugt, daß ein glückliches Ergebnis dieser Konferenz großen Nutzen für die ganze Welt stiften würde. Die ernste Finanz- und Wirtschaftslage der Welt bildet eine schwere Sorge meiner Regierung, die ihr möglichstes tun wird, um mit den anderen Regierungen im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft die Mittel zur Wiederherstellung des früheren Umfanges des internationalen Handels zu finden. Die **indische Konferenz** am Runden Tisch setzt ihre Arbeiten fort und die Konferenz mit den Vertretern von Birma wird demnächst

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zusammentreten. Es ist mein sehnlichster Wunsch, daß die Beratungen dieser zwei Konferenzen von Erfolg gekrönt werden.

Zu den **innerpolitischen Fragen** erklärte der König: Die Nation hat bei den allgemeinen Wahlen die Maßnahmen unterstützt, die getroffen wurden, um Ersparnisse zu erzielen und das Budgetgleichgewicht wiederherzustellen. Dies waren die ersten wesentlichen Maßnahmen bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, die sich vor dem Lande erhoben. Die Nation ist auch von den Ministern aufgefordert worden, ihnen Vollmacht zur Fortsetzung einer Politik zu erteilen, deren Ziel es ist, das Vertrauen auf unsere finanzielle Stabilität aufs Neue und vollkommen herzustellen und Pläne zur Sicherung einer günstigen Handelsbilanz auszuarbeiten. Meine Minister haben jetzt ein klares positives Mandat in dieser Richtung erhalten. Die in Betracht kommenden Probleme werden bereits von der Regierung eingehend geprüft und es werden in kürzester Frist Beschlüsse gefaßt und durchgeführt werden.

Der Krieg im Osten

Rückzug der Japaner in der Mandschurei

Charbin, 10. Nov. Die japanischen Truppen haben sich bis **12 Kilometer südlich der Nonni-Brücke zurückgezogen.** Es verlautet jedoch, daß sie einen neuen Vormarsch auf Tsitsikar beabsichtigen.

Die Kämpfe am Nonni

London, 10. Nov. Die heiß umkämpfte **Eisenbahnbrücke am Nonnifluß,** die am Samstag von den Japanern erobert wurde, befindet sich wieder in den Händen der Chinesen, die nach einer Reutermeldung unter Einsetzung von 5600 Mann Infanterie, 2400 Mann Kavallerie und 300 Mann Artillerie, die viel schwächeren japanischen Truppen vollständig überwältigt haben. Vier japanische Flugzeuge, die an dem Gefechte beteiligt waren, wurden heruntergeschossen.

Räuberkrieg in Korsika

Wie Mussolini auf Sizilien, so wird jetzt die französische Regierung dem Räuberwesen auf Korsika zuleibe rücken. Ein riesiger **Polizeifeldzug** ist in Vorbereitung. Die Gendarmerie auf der Insel Korsika ist mobilisiert worden. Weiter sind von Marseille aus 200 Gendarmen, mit allen modernen Waffen ausgerüstet, nach Korsika in See gegangen. Den Räubern ist regelrecht der Krieg erklärt worden, Flugzeuge, Panzerautos, Gas und Flammenwerfer sollen in Tätigkeit treten. Die vorbereitenden Manöver haben schon begonnen.

Eine Abteilung von 60 Gendarmen hat den Räuberführer **Bartoli** in einem Wald im Süden der Insel umzingelt; er wurde von einem Gendarmen erschossen. Eine Reihe anderer Räuber, darunter Spada, der 13 Morde auf dem Gewissen hat, Rossi, Pornia und Santoni sollen in den nächsten Tagen unschädlich gemacht werden. 21 Personen, die als Hehler und Helfershelfer der Banditen ermittelt worden waren, sind verhaftet worden.

Neues vom Tage

Zusammentritt der deutsch-französischen gemischten Kommission

Berlin, 10. Nov. Wie wir erfahren, werden deutscherseits an der für Freitag vormittag im Pariser Innenministerium geplanten Eröffnungssitzung der gemischten deutsch-französischen Kommission teilnehmen: Staatssekretär **Trendelenburg,** die Ministerialdirektoren Dr. Ritter und Posse, Regierungsrat Hamann, Staatssekretär z. D. Simson, Geheimrat Bücher, Graf Roedern, Abraham Frowein, Reichsminister a. D. Hermes, Bankdirektor Solmssen, Minister a. D. von Raumer und der Gewerkschaftsvertreter Tarnow. Die Eröffnungstagung dürfte zunächst der ersten sachlichen Fühlungnahme und der Einteilung der Unterkommissionen sowie der Verteilung der Arbeit auf beide Unterkommissionen dienen.

Innenministerkonferenz am 17. November

Berlin, 10. Nov. Im Reichsinnenministerium findet am 17. November vormittags eine Konferenz der Innenminister der Länder statt. Eine besondere Tagesordnung ist ebenso wie bei den früheren Innenministerkonferenzen nicht festgesetzt. Die Minister werden alle wichtigen und aktuellen Fragen, die ihr Ressort betreffen, erörtern.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis vom 7. November

Berlin, 10. Nov. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November 1931 hat sich in der verflossenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 306,7 Millionen auf 4045,3 Millionen RM. verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 211,4 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an **Gold** und deckungsfähigen **Devisen haben sich um 13,3 Millionen auf 1261,9 Millionen RM. vermindert.** Im einzelnen haben die Goldbestände um 43,2 Millionen auf 1101,5 Millionen abgenommen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 29,9 Millionen auf 160,6 Millionen RM. zugenommen. Die **Deckung der Noten** durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt **27,8 Prozent** gegen 26,9 Prozent in der Vorwoche.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Berlin, 10. Nov. Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben nach dem Bericht der Reichsanstalt für den 31. Oktober eine Arbeitslosenzahl von rund 4 622 000. Seit dem Stande vom 15. Oktober, der sich nach den endgültigen Meldungen auf rund 4 484 000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten. Die Gesamtzunahme seit dem tiefsten Stand Ende Juni beläuft sich auf rund 668 000, während im Vorjahre vom Tiefpunkt bis Ende Oktober ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um 617 000 zu verzeichnen war. In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht, in der Krisenfürsorge um rund 58 000 auf rund 1 350 000.

Das Sparprogramm der Reichspost

Berlin, 10. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, **hat der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost heute das Sparprogramm angenommen,** das **eine Einsparung von 100 Millionen Mark im Betriebe der deutschen Reichspost vorsieht.** Der Gesamtetat der Reichspost umfaßt 2,5 Milliarden Mark. Die Einsparung der 100 Millionen soll wie folgt vorgenommen werden: 60 Millionen auf dem Gebiete der Sachausgaben, 15 Millionen bei den Personalausgaben, 6 Millionen durch Minderüberweisung an das Reich infolge des Einnahmerückganges, 19 Millionen durch Kürzung übertragbarer Titel. Ueber Gebührensenkung bei der Reichspost liegt ein Beschluß des Verwaltungsrates bisher nicht vor.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Gemeindearbeiter

Berlin, 10. Nov. Im Lohnstreit der Gemeindearbeiter ist der Schiedsspruch vom 1. November 1931 vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Brandstiftung in der Oberpfalz — 25 Scheunen vernichtet

Waldmünchen (Oberpfalz), 10. Nov. In einem Gehöft an der nach Oberm im Bayerischen Walde führenden Straße Waldmünchens entstand ein Brand, der sich sehr schnell ausbreitete und 25 Scheunen mit allen Vorräten und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtete. Die Feuerwehren konnten das riesige Feuer nur mit großer Mühe eindämmen, da alle Gebäude aus Holz waren. Geschädigt sind ausschließlich arme Leute, für die sofort eine Hilfsaktion eingeleitet werden mußte. Offenbar liegt Brandstiftung vor. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Württembergischer Landtag

Wiederzusammentritt des Landtags

Stuttgart, 10. Nov. Der Landtag trat heute nachmittag nach viermonatiger Pause wieder zusammen. Präsident **Pflüger** widmete dem verstorbenen Landtagsvizepräsidenten und bürgerparteilichen Abgeordneten Hermann Hiller, an dessen Stelle Frau Klara Klotz, Obersten-Gattin in Stuttgart, in den Landtag eingetreten ist, einen warmen Nachruf. Dann wurden vom Regierungstisch die Antworten auf 12 Kleine Anfragen entgegengenommen und hernach wurde der Abg. **Dr. Götz** (BB.) auf Vorschlag der Rechtsparteien zum **1. Stellvertreter des Landtagspräsidenten** gewählt. Nunmehr folgte die Beratung des Gesetzentwurfes über eine **Bürgschaft,** die der württ. Staat im Höchstbetrag von 35 Millionen Mark gegenüber der **Akzept- und Garantiebank OA. in Berlin** für den dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband für die württ. Sparkassen zu gewährenden Wechselkredit übernehmen soll. An den Gesetzentwurf knüpfte sich eine längere Aussprache, in der allgemein die Notwendigkeit betont wurde, die **Zinssätze der Sparkassen herabzusetzen.** Der Abg. **Küchle** (Z.) wünschte, daß die Sparkassen in der Hergabe von Krediten auch an Großunternehmer sehr vorsichtig seien. Wenn der Giroverband die in dem Zeppelinbau investierten Kapitalien heute als flüssige Mittel zur Verfügung hätte, dann könnte er damit dem ganzen Lande große Dienste leisten. Der Abg. **Winker** (S.) erklärte, durch den Zeppelinbau sei viel Arbeitsgelegenheit geschaffen worden. Bei den Sparkassen seien die Gelder am sichersten angelegt. Der Abg. Dr. **Ströbel** (BB.) bezeichnete den Zinssatz als um das Doppelte zu hoch und teilte mit, daß bei einer heute im Wirtschaftsministerium abgehaltenen Besprechung die Banken große Bedenken gegen die Zinssenkung geltend gemacht hätten. Man wolle abwarten, was das Reich tue. Die Zinssenkung sei aber eine Lebensfrage für die ganze Wirtschaft. Der Abg. **Bauser** (VR.) äußerte gegen den Entwurf Bedenken wegen seiner Folgen. Man müsse das Vertrauen der Sparer wieder herstellen. Der Abg. **Roth** (Dem.) erklärte, daß ohne Zinssenkung die Wirtschaft überhaupt nicht aufrecht erhalten werden könne. Der Abg. **Mergenthaler** (NS.) wünscht eine Reichs-Notverordnung in der Zinsenfrage und bezeichnete den Zeppelinbau als verfehlt in dieser Zeit. Der Abg. **Rath** (DV.) verlangte, daß vor allem Vertrauen geschaffen werde in die Sicherheit der Währung und in die Geschäftsgebarung der Geldinstitute. Der Abg. **Albert Fischer** (K.) wandte sich gegen das kapitalistische System als das Grundübel und der Abg. **Liebig** (CVD.) wünschte, daß die öffentlichen Kassen alles vermeiden sollten, was nach unsozialer Handlung aussehe. Der Abg. Dr. **Hölscher** (BP.) trat der Auffassung entgegen, daß Harzburg die Inflation bedeute und versicherte, es sei allerhöchste Zeit, daß die nationale Opposition die Macht in die Hand bekomme, um das von der Linken Zerstörte wieder aufzubauen. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf gegen die Stimmen der Kommunisten **angenommen.** — Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag.

Vom Aeltestenrat des Landtags

Stuttgart, 10. Nov. Der Aeltestenrat des württ. Landtags trat heute zur Besprechung der Geschäftslage des Landtags zusammen. Der Landtag wird wie seither am Dienstag-, Mittwoch- und Freitagnachmittag, sowie am Donnerstag- und Samstagvormittag tagen. Weiter teilte der Präsident mit, daß von einer Seite eine weitere Kürzung der Landtagsdiäten angeregt worden sei. Ferner sei notwendig, einmal zu dem Inhalt der „Kleinen Anfragen" Stellung zu nehmen. Sie sollen Anfragen sein und keine Leitartikel. Es entspann sich eine Debatte über die Behandlung des Gesetzentwurfes zu den Ausführungsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der Präsident teilte mit, daß er mit einer Tagungsdauer des Landtags von 2 bis 3 Wochen rechne.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 11. November 1931.

— **November-Sternschnuppen.** In gewöhnlichen Nächten sieht man bei klarem Wetter nur verhältnismäßig selten — meistens rein zufällig eine Sternschnuppe am Himmel aufblitzen. In den Nächten kurz vor der Mitte des Monats kann man nun häufiger diese stillen Himmelsraketen beobachten und namentlich nach Mitternacht erscheinen diese leuchtenden Körperchen in vermehrtem Umfange vorwiegend im Osten des Firmaments, wobei sie zuweilen einen langen farbigen Schweif haben. Da diese Sternschnuppen aus dem Sternbilde des Löwen auszustrahlen scheinen, der in der astronomischen Bezeichnung „Leo" heißt, nennt man diese Art von Novembersternschnuppen Leoniden. Die Leoniden werden von den Chronisten zum erstenmal im Jahre 1702 erwähnt. In neuerer Zeit haben sie sich wiederholt in außerordentlich großer Menge als ein Riesenfeuerwerk am Himmel gezeigt und zwar in den Jahren 1799, 1833 und 1866. Die Leoniden gehören einem sich um die Sonne bewegenden Meteorschwarm an, den die Erde alljährlich um die Mitte des November kreuzt.

— **St. Martinstag (11. November).** Im Bauernkalender ist der 11. November als Tag des heiligen Martinus zweifach unterstrichen. Martinstag gilt im zweiteiligen Jahr als Tag des Winteranfangs. „Martin tu Feuer ins Kamin." — „Um Martini spricht der Winter: da bin i." — „Nach Martini scherzt der Winter nicht mehr." — „Ist St. Martin trüb, wird der Winter lieb." — „Ist Sankt Martin hell und rein, so richt' dich für große Kälte ein." Ehedem war Martinstag Termintag für die Dienstboten und Zinszahlungen. Martinstag wurde darum auch „Bündeleinstag und der Dienstboten Ziel" genannt. Für den Schuldner und Pächter war Martin darum ein böser Heiliger. „Er leert einem den Beutel und gibt das Geld einem anderen." Sankt Martin ist der Patron der Weintrinker, Schweine und Gänse.

Bericht über die Gemeinderatssitzung am 29. Oktober 1931
Anwesend: Der Vorsitzende Bürgermeister Pfizenmaier und 11 Stadträte

Abwesend: Stadtrat Walz, Fuchs, Malthaner

Die Stromgebühren des städt. Elektrizitätswerks hier betrugen bisher für Lichtstrom 35 ₰ und für Kraftstrom 25 ₰ je pro KWSt. Bei größerem Bezug von Kraftstrom wurde ein Rabatt in mehreren Stufen bis zu 50 Prozent gewährt. Die Verwendung von elektr. Haushaltungsapparaten war bei dem bisherigen Lichtstrompreis ziemlich teuer, trotzdem die bisherigen Strompreise, die das Elektrizitätswerk erhob, wohl noch unter dem Landesdurchschnitt liegen. Um nun die Verwendung von elektrischen Apparaten im Haushalt zum Kochen, Bügeln, Backen, Reinigen, Heizen usw. mehr wie bisher zu ermöglichen, ohne daß ein besonderer Zähler angebracht, oder eine besondere Kraftstromleitung gelegt werden muß, wurden neue Lichtstromtarife ausgearbeitet und zwar für: A) Lichtstrom für Haushaltungen ohne Lichtstrombezug für gewerbliche Zwecke, B) Lichtstrom für Haushaltungen mit Lichtstrombezug für gewerbliche Zwecke. Für A und B ist je ein Tarif ohne Grundgebühr Tarif a) und ein Tarif mit Grundgebühr (Tarif b) vorgesehen. Die Tarife zu A sind nach der Zimmerzahl berechnet. Nach Tarif Aa hat der Stromabnehmer eine gewisse Mindestmenge von Strom zum Normalpreis von 35 ₰ pro KWSt. abzunehmen. Der Mehrbezug wird sodann mit 20 ₰ pro KWSt. berechnet. Bei Tarif Ab ist die berechnete jährliche Grundgebühr jeden Monat zu einem Zwölftel zu bezahlen. Für die bezogene KWSt. wird neben der Grundgebühr noch ein Arbeitspreis von nur 10 ₰ berechnet. Der Tarif B ist auf dem Durchschnitt des Strombezugs der letzten drei Jahre aufgebaut, im übrigen dem Tarif A angeglichen. Es wird also bei Tarif Ba nach Bezug einer gewissen Mindeststrommenge der weitere Strombezug mit 20 ₰ pro KWSt., bei Tarif Bb neben der Grundgebühr die bezogene KWSt. mit einem Arbeitspreis von 10 ₰ berechnet. Für den Kraftstrombezug wird neben dem bisherigen Tarif noch ein Tarif mit Grundgebühr zugelassen. Die Grundgebühr ist auf dem Anschlußwert aufgebaut und beträgt pro KWSt. und Monat 3 ℳ. Die bezogene KWSt. wird daneben mit 8 ₰ berechnet. Der Stromabnehmer kann unter den zur Verfügung gestellten Tarifen wählen. Entscheidet sich ein Stromabnehmer nicht ausdrücklich für den einen oder anderen Tarif, so wird der Strombezug künftig nach Tarif a berechnet. Die Tarife treten mit dem 1. November 1931 in Kraft. In den nächsten Tagen werden jedem einzelnen Stromabnehmer die Tarife mit einem Vordruck zur Anmeldung zugestellt werden.

Die bisherigen Stromlieferungs-Bedingungen sind veraltet. Der Vorsitzende hat daher, auch mit Rücksicht auf die Aenderung der Stromtarife, im Benehmen mit dem städt. Elektrizitätswerk neue Stromlieferungsbedingungen ausgearbeitet, die heute vorgetragen werden. Diese Stromlieferungsbedingungen wurden, eine kleine Aenderung ausgenommen, unbeanstandet zum Beschluß erhoben. Eine Ausfertigung derselben wird jedem Stromabnehmer in Bälde zugestellt werden.

Der Gemeinderat nimmt von zwei Bezirksratsbeschlüssen, nach welchen die an die Oberamtspflege zu bezahlende Entschädigung der Gemeinden für amtskörperschaftliche Straßenwärter für alle Bezirksgemeinden gleichmäßig auf jährlich 1700 ℳ pro Straßenwärter festgesetzt wurde und die Verzugszinse für Steuerlieferungsrückstände den Gemeinden gegenüber der Oberamtspflege neu geregelt wurden, ohne Erinnerung Kenntnis.

Der in der Anerkennung des Präsidenten des Landesarbeitsamts für die Notstandsarbeiten festgesetzte Termin ist verstrichen, ohne daß die Arbeiten ausgeführt werden konnten, da die erforderliche Schuldaufnahmegenehmigung immer noch nicht vorliegt. Vorsorglicherweise wurde aber beim Arbeitsamt erneut um Gewährung einer entsprechenden Förderung dieser Notstandsarbeiten nachgesucht.

Ein Gesuch um Erteilung des Armenrechts zur Führung eines Rechtsstreits wurde abgelehnt, da der Gemeinderat der Ansicht ist, daß der Gesuchsteller noch in der Lage ist, die Kosten des Rechtsstreites selbst zu bezahlen.

Für den noch im Stadtwald lagernden Rest des Stammholzes aus dem Hiebsjahr 1930/31 hat Sägewerksbesitzer Wackenhut in Schernbacher-Sägmühle 35 Prozent der derzeitigen Landesgrundpreise geboten. Dem Gebot wird der Zuschlag erteilt. Das Holz ist fast durchweg Windbruchholz und daher zu einem großen Teil sehr schwach (5. und 6. Kl.)

Die Gemeinderatswahl ist im Dezember ds. Js. wieder vorzunehmen. Der Wahltag wird auf Samstag, den 5. Dezember 1931, die Wahlzeit auf mittags 1—8 Uhr festgesetzt. An der bisherigen Festsetzung der Abstimmungsbezirke und der Wahlräume wird nichts geändert. Amtliche Stimmzettel sollen nicht ausgegeben, auch die Kosten für die Stimmzettel nicht auf die Stadtkasse übernommen werden.

Die hiesige Stadtgemeinde ist verpflichtet, die Bürgersteuer mit dem Landessatz im Rechnungsjahr 1931 zu erheben, da die Gemeindeumlage mehr als 19 Prozent beträgt. Der Gemeinderat hat nun darüber zu entscheiden, in welcher der gesetzlich zugelassenen Arten der Einzug der Bürgersteuer erfolgen soll. Besonders mit Rücksicht auf den großen Wechsel unter den Arbeitnehmern kommt der Gemeinderat mit Stimmenmehrheit zu dem Beschluß, die Bürgersteuer in einem Verfahren mit Abzug vom Arbeitslohn (§ 17—25 der württ. Ausführungsverordnung vom 10. Oktober 1931) erheben zu lassen. Die Höhe der Steuer wird für die Arbeitnehmer auf der Steuerkarte eingesetzt, den übrigen Bürgersteuerpflichtigen durch besonderen Bescheid mitgeteilt.

Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 5. November 1931
Anwesend: Der Vorsitzende Bürgermeister Pfizenmaier und 11 Stadträte

Abwesend: Stadtrat Maier, Fuchs, Malthaner

Der Vorsitzende stellt heute die Frage, ob und evtl. wie im kommenden Waldwirtschaftsjahr in den Stadtwaldungen der Holzeinschlag vorgenommen werden soll, zur Beratung. Er gibt zu Eingang der Beratung einen eingehenden Ueberblick über die derzeitige Lage am Holzmarkt und teilt dabei das Wesentlichste aus den Vorträgen und Besprechungen bei der in Nagold stattgefundenen Waldbesitzerverbandsversammlung mit. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, im Waldwirtschaftsjahr 1931/32 mit dem Holzeinschlag so gut als möglich zurückzuhalten, da bei den Verkäufen zu den derzeitigen Preisen sich wohl noch ein kleiner

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ergibt, der Holzwert aber nicht bezahlt ist, so daß tatsächlich ein großer Substanzverlust eintritt. Es wird vorgeschlagen, sich zunächst über den Nutzholzbedarf in der hiesigen Gegend nähere Kenntnisse zu verschaffen und darnach den Holzeinschlag einzurichten.

Der bisherige Ortsbautechniker, Oberamtsbaumeister Köbele, hat beim Oberamt beantragt, ihm das Amt des Ortsbautechnikers abzunehmen und dasselbe dem neu gewählten Stadtbaumeister zu übertragen. Da nun Stadtbaumeister Weber ständig angestellt ist, entspricht der Gemeinderat dem Antrag des bisherigen Ortsbautechnikers.

Die Firma Gebrüder Theurer, mit welcher die Stadt einen besonderen Stromlieferungsvertrag abgeschlossen hat, ersucht um Ermäßigung der Grundgebühr und des Arbeitspreises. Der Gemeinderat kann sich jedoch nicht entschließen, diesem Gesuch stattzugeben, da von Gebrüder Theurer seit Bestehen des Vertrags nur sogenannter Spitzenstrom abgenommen, im übrigen nur Strom geliefert wurde und inzwischen in dem von der Stadtgemeinde mit dem G.E.T. abgeschlossenen neuen Stromlieferungsvertrag die von der Stadt zu zahlende Grundgebühr erhöht werden mußte.

Das Stadtbauamt hat festgestellt, daß die Ueberdeckung des Seliengrabens vom Henßler'schen Gebäudeeck an bis zum Beginn der Eisenbetondecke derart schlecht ist, daß sie nicht mehr länger in diesem Zustand belassen werden kann. Es werden mehrere Verfahren für die Reparatur vorgeschlagen. Mit Rücksicht auf die derzeitige finanzielle Lage wird beschlossen, die Decke mit vorhandenen alten Eisenträgern zu verstärken und später, wenn sich die Wirtschaftslage wieder gebessert hat, den in Frage stehenden Teil mit einer Eisenbetondecke zu versehen.

Das Eichamt Calw fragt an, ob die Stadt beabsichtige, die Bodenbrückenwaage noch in diesem Spätjahr durch eine neue zu ersetzen. Der Vorsitzende führt hiezu aus, über die längst nachgesuchte Schuldaufnahmegenehmigung sei immer noch nicht entschieden. Die neue Bodenbrückenwaage könne daher noch nicht ausgeführt werden.

Das Schulgeld für den gastweisen Besuch der Hauswirtschaftsschule, das bisher pro Monat 3 ℳ betrug, wird mit Rücksicht darauf, daß auch Minderbemittelte die Hauswirtschaftsschule besuchen, denen die Bezahlung des bisherigen Schulgeldes bei den derzeitigen Verhältnissen sehr schwer fällt, auf 3 ℳ pro Vierteljahr ermäßigt.

In der Sitzung der Ortsfürsorgebehörde wurde nach Beratung mehrerer Fürsorgefälle auch eine Uebersicht über die Beschäftigung der Wohlfahrtserwerbslosen gegeben. Das vom Stadtbauamt übergebene Verzeichnis über die Wohlfahrtserwerbslosen, in welchem 26 Namen eingetragen sind, wird vorgetragen und im einzelnen darüber Beschluß gefaßt, welche Wohlfahrtserwerbslose als fürsorgebedürftig weiter beschäftigt werden sollen.

Haiterbach, 9. November. (Besitzwechsel. — Jagdergebnis.) Das Gasthaus zum „Adler" ist vor kurzem durch Kauf in den Besitz des Karl Saur, Wagnermeisters, übergegangen. — Das Ergebnis der am letzten Samstag auf hiesiger Markung abgehaltenen zweiten Treibjagd kann als recht befriedigend bezeichnet werden. Geschossen wurden 4 Füchse, 7 Rehe und 10 Hasen.

Pfalzgrafenweiler, 10. November. (Besitzwechsel.) Das Gasthaus zur „Linde" wurde gestern ohne Grundstücke und ohne Inventar um den Preis von 9000 Mark von Jakob Wurster-Kohlmühle im Auftrag seines Bruders Friedrich Wurster in Newyork erworben.

Neubulach OA. Calw, 10. Nov. (Schadenfeuer.) Nachts ist in der zum Anwesen des Malers Kempf gehörenden Scheuer Feuer ausgebrochen, das außerordentlich schnell auf das der Kirchengemeinde und Flaschner Braun Witwe gehörende Wohnhaus übergriff. Sämtliche **zwei Wohngebäude samt Scheuer und Werkstattanbau** wurden in Asche gelegt. Die wegen der außerordentlichen Gefährdung der Kirche herbeigerufene Calwer Motorspritze traf gegen 3 Uhr am Brandplatz ein, als die größte Gefahr bereits behoben war. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

Gechingen, 9. November. (Goldene Hochzeit.) Das Fest der goldenen Hochzeit feierten letzte Woche im engsten Familienkreise der 76 Jahre alte Dreher Karl August Köber und seine 70 Jahre alte Ehefrau Luise geb. Böttinger.

Horb a. N., 10. November. (Kreistagung des D.H.V.) Am Sonntag tagte im Hotel „Lindenhof" der Kreis 6 (Reutlingen) des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, der von über 120 Vertretern besucht war. Es galt, Stellung zu nehmen zu der immer ernster werdenden Wirtschaftslage und zu der Frage des Umbaues der Sozialversicherung. Ein Vortrag des Gauvorstehers leitete die Tagung ein. Er beleuchtete von hoher Warte aus die Ursachen der Wirtschaftskrisis, zeigte aber im Zusammenhang auch den Segen der Sozialversicherung für Volk, Staat und Wirtschaft in der Entwicklung der letzten fünfzig Jahre deutscher Geschichte. Die Verhandlungen am Nachmittag befaßten sich mit den Arbeiten der Ortsgruppen auf den verschiedensten Gebieten der Gewerkschafts- und Sozialpolitik. Die Arbeit an der Kaufmannsjugend konnte durch die Errichtung von weiteren Ortsgruppenheimen, deren es nun sieben im Kreisgebiet sind, vertieft werden. Die Briefwechselbundfirmen nehmen einen immer größeren Umfang an. Auch die Berufsbildungsarbeit konnte eine entsprechende Ausdehnung erfahren. Der Bericht des Kreisgeschäftsführers ließ erkennen, welche Anstrengungen auf dem Gebiete des Rechtsschutzes, der Stellenvermittlung und des Vertragswesens gemacht wurden. Recht häufig waren Klagen über die zu hohe Zahl von Ausnahmesonntagen, die von den Oberämtern immer noch zugelassen werden. — Als Ort des nächsten Kreistages wurde Metzingen bestimmt.

Stuttgart, 10. November. (Ein Lastwagen mit Häuten stößt mit der Straßenbahn zusammen.) Noch verhältnismäßig glimpflich abgelaufen ist ein Zusammenstoß zwischen einem mit Häuten schwer beladenen Lieferwagen aus Altensteig und einem Motorwagen der Linie 10, der sich am Montagabend an der Kreuzung Bahnhof- und Türlenstraße abspielte. Durch den heftigen Aufprall wurde der Straßenbahnwagen aus dem Gleis gehoben; der Lastwagen wurde ziemlich schwer beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Von den Fahrgästen der Straßenbahn wurde glücklicherweise niemand verletzt, während der Führer des Lastwagens durch Glassplitter leicht und sein Beifahrer schwerer verletzt wurde. Dieser fand im Krankenhaus Aufnahme.

Demonstrationsversuche. Im Laufe des Montag abend kam es in verschiedenen Straßen der Altstadt von Mitgliedern und Anhängern der KPD. wiederholt zu verbotenen Ansammlungen und Demonstrationsversuchen, die von der Polizei mühelos zerstreut werden konnten. Eine große Anzahl von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Todesfall. Der Heimgang des am Sonntag vormittag verstorbenen Pfarrers a. D. P. Chr. Elsenhans in Stuttgart bedeutet einen schweren Verlust für die Wissenschaft. Der 1863 in Stuttgart geborene Gelehrte war nach den unständigen Lehr- und Wanderjahren, die ihn noch Italien führten, Pfarrer in Besenfeld OA. Freudenstadt und Döffingen OA. Böblingen und besaß eine umfassende philosophische und theologische Bildung. Er schrieb verschiedene vielgelesene Bücher.

70 Jahre alt. Einer der hervorragendsten Kenner des württembergischen Steuerwesens, ebenso ausgezeichnet durch umfassende wissenschaftliche und allgemeine Kenntnisse, wie durch eine selten zu findende praktische Begabung und durch den auch nicht überall zu findenden Mut der Ueberzeugung, Finanzminister a. D. Dr. von Pistorius, begeht am 12. November seinen 70. Geburtstag. Pistorius, einer der tüchtigen und führenden Männer, die Tübingen dem Schwabenland geschenkt hat, ist ganz im Finanzwesen aufgewachsen, in dem er rasch in die seiner besonderen Begabung entsprechende Stellung hineinwuchs. Als im April 1914 Finanzminister von Geßler von seinem Amt zurücktrat, wurde Pistorius, der in 20jähriger Tätigkeit im Finanzministerium unter drei Finanzministern Erfahrungen wie kein anderer gesammelt hatte, zum Finanzminister ernannt. Der Staatsumsturz im November 1918 machte seiner Amtstätigkeit ein Ende. Seine wissenschaftliche Betätigung setzt Pistorius an der Technischen Hochschule in Stuttgart und ebenso an der Universität Tübingen erfolgreich fort.

Tübingen, 10. Nov. (Ueber 3000 Studenten.) Nach dem bisherigen Ueberblick ist anzunehmen, daß der Besuch der Universität in diesem Semester stärker ist als im letzten Wintersemester 1930/31, wo man 3068 Studenten zählte. Die Besuchsziffer vom letzten Sommersemester (4002) dürfte jedoch nicht erreicht werden.

Großgartach, 10. Nov. (Jagdergebnis.) Am Samstag hielt der Jagdpächter Hotelier Fr. Schön-Heilbronn im Heuchelberger Waldgebiet eine Treibjagd ab mit ca. 30 Schützen. Zur Strecke wurden gebracht: 37 Hasen, 18 Rehe und 1 Fuchs. Auch hier ist — wie allgemein — die geringe Hasenstrecke aufgefallen, welche auf das schlechte Hasenjahr zurückzuführen ist infolge der nassen Witterung im Frühjahr und Sommer.

Lauffen a. N., 10. Nov. (Betrunkener läuft in ein Auto.) Sonntag nacht wurde ein von der Hausener Kirchweihe heimkehrender, in Besigheim wohnhafter 54jähriger Mann, der in betrunkenem Zustande in ein daherfahrendes Auto hineinlief, von diesem überfahren und getötet.

Krauchenwies i. Hohenz., 10. Nov. (Brand.) In der Nacht auf Montag brannten Wohnhaus, Scheuer mit Anbau und Stallung der Eheleute Joseph Fiederer vollständig nieder. Als Brandursache wird Brandstiftung vermutet, da der Brand im Scheueranbau und in der Scheuer fast gleichzeitig ausgebrochen ist. Der Gebäudeschaden beläuft sich auf etwa 15 000 RM.

Tettnang, 10. Nov. (Probe aufs Exempel.) In einer Gemeinde des Bezirks hat sich folgende lustige Geschichte zugetragen: Die Gemeinde erstellte im Laufe des Sommers ein neues Arrestlokal; nicht weil das alte nicht mehr ausreichte, sondern weil überhaupt kein eigentliches Arrestlokal vorhanden war. Es war fertig und bildete gelegentlich auch Gesprächsstoff einer Wirtshausunterhaltung. Einige Bürger und der Polizeigewaltige, die sich nicht einigen konnten, schlossen eine Wette ab. Die eine Partei behauptete, daß es sehr leicht sei, aus dem neuen Arrestlokal auszubrechen und der Beweis dafür sollte augenblicklich erbracht werden. Der Stärkste von allen dreien ließ sich arretieren. Mühelos soll er das eiserne Gitter zerdrückt und die Türe erbrochen haben. Das ging natürlich nicht, obwohl die beiden Parteien vereinbart hatten, daß sie für den Schaden aufkommen würden. Es kam aber noch etwas anderes hintennach: eine Geldstrafe wegen groben Unfugs, trotzdem sie eigentlich der Gemeinde erwiesen haben, daß das Arrestlokal eben nicht stabil genug ist.

Ravensburg, 10. Nov. (Verkehrs-Unglück.) In der Nähe von Ravensburg wurde ein Motoradfahrer, neben seinem Fahrzeug liegend, bewußtlos aufgefunden. Im Krankenhaus wurde ein Schädelbruch festgestellt. Der Verunglückte, Andreas Gleich-Dürmentingen, konnte über den Hergang des Unglücks noch nichts aussagen.

Es ist noch lange nicht alles Malzkaffee, was so aussieht!

...oft ist es nichts anderes als Gerste — rohe Gerste, die einfach gebrannt ist.

Verlangen Sie Kathreiner! Dann haben Sie richtigen Malzkaffee — und zwar den feinsten, den es überhaupt gibt...

Ernmoos OA. Biberach, 10. Nov. (Verbrüht.) Letzte Woche verbrühte sich ein Kind mit 2¼ Jahren so schwer, daß es an den Folgen starb.

Dinkelsbühl, 10. Nov. (Aus der Schwedenzeit.) In der Kriegergedächtnishalle am Segringer Tor befindet sich ein fast überlebensgroßes Bild des Schwedenkönigs Gustav Adolf, das offenbar das letzte Bildnis dieses Herrschers ist. Es dürfte anfangs Oktober 1632 während des Aufenthalts des Königs in der Stadt gemalt worden sein. Der Maler hat das Bild auf Befehl des Rates gemalt. Das Gemälde hängt in einem Originalrahmen aus der damaligen Zeit und ist mit einer Inschrift versehen, die außer dem Geburtsjahr und dem Wappen des Königs seine Titel und Würden aufzählt.

Reichenbach OA. Geislingen, 10. Nov. (Tödlicher Unfall.) Nachts erlitt Mühlebesitzer Bernhard Hanold zur Pulvermühle einen Unfall, an dessen Folgen er gestorben ist.

Rattstadt OA. Ellwangen, 10. Nov. (Tot aufgefunden.) Der 54jährige Maurer und Jagdpächter Bernhard Taglieber von Rattstadt wurde unter einem Hochsitz des Jagdreviers Rattstadt im Waldteil Kazkreut tot aufgefunden. Er war am Montag abend vom Anstand nicht nach Hause zurückgekehrt. Es ergab sich einwandfrei, daß Taglieber beim Besteigen des Hochsitzes einem Unfall zum Opfer gefallen ist. Eine Sprosse der Leiter des Hochsitzes ist beim Besteigen gebrochen. Dabei muß sich im Sturz aus dem mit gespanntem Hahnen von Taglieber über der Achsel getragenen Gewehr ein Schuß gelöst haben. Der Kopf des Toten weist auf der rechten Seite Zerstörungen eines Nahschusses auf, die seinen sofortigen Tod zur Folge gehabt haben dürften.

Aus Baden

Pforzheim, 10. November. Heute vormittag um 9.45 Uhr ereignete sich an der Ecke Geiger- und Lindenstraße ein schwerer Unfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel. Ein 52 Jahre alter Mann stieß, als er mit dem Fahrrad in die Lindenstraße einbiegen wollte, mit einem von Eutingen her kommenden Personenkraftwagen zusammen. Er prallte so wuchtig gegen dessen Scheibe, daß diese zerbrach und ihm die Scherben in den Kopf und in den Hals drangen und furchtbare Schnittwunden verursachten, wobei die Schlagader zerrissen wurde. Als der Krankenkraftwagen eintraf, war der Mann bereits verblutet. Der Verunglückte ist ein beim Creditorenverein tätiger Bürodiener.

Gernsbach, 9. November. Am Samstagabend geriet ein Personenwagen, welcher einem Radfahrer ausgewichen war, ins Schleudern und stürzte eine ziemlich hohe Böschung hinab. Obwohl sich das Auto mehrere Male überschlug, blieben die Insassen, bis auf einige Kleinigkeiten, unverletzt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Blutige Zusammenstöße in Eutin. Im Anschluß an einen Umzug des Reichsbanners kam es in Eutin zu schweren Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Ein Nationalsozialist, der Butterhändler Rathge, wurde getötet, zwei Nationalsozialisten wurden schwer, drei Reichsbannerleute leicht verletzt.

Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei. Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Olmütz und Prerau entgleiste am Montag abend ein Schnellzug. Die Lokomotive und der Tender stürzten um. Die übrigen Wagen rissen sich los. Acht Reisende und drei Personen des Zugpersonals wurden verletzt. Durch die rasche Fahrt über die Weichen war der Zug auf ein falsches Gleis geraten.

Ein französischer Kutter gesunken. Auf der Höhe von Boulogne-sur-Mer ist der französische Kutter „Firiole" von einem Dampfer aus Le Havre gerammt worden und gesunken. Von der sechs Mann starken Besatzung des Kutters sind vier Mann ertrunken, während die beiden anderen gerettet werden konnten.

Eine halbe Million für eine Gutenberg-Bibel. Ein Londoner Buchhändler hat eine Gutenberg-Bibel an einen unbekannten Käufer zum Preise von über eine halbe Million RM. verkauft. Von der Gutenberg-Bibel sind in der ganzen Welt nur etwa 40 Stück vorhaden. Es handelt sich um die erste gedruckte Bibel, die Johann Gutenberg im Jahre 1455 in Mainz aufgab.

67 Schafe vom Zuge getötet. Zwischen den Bahnhöfen Landshut und Ergolding geriet nachts eine unbewachte Schafherde auf den Bahnkörper. Von einem Personenzug, der in die Tiere hineinfuhr, wurden 67 Schafe getötet. Da auch später noch immer Tiere auf dem Bahnkörper umherirrten, mußten die Züge verschiedentlich anhalten.

Buntes Allerlei

An Dich und Jedermann!

Wenn die Not der Zeit
nen Himmel schreit,
dann sagen die Leute: „Daß Gott erbarm'!"
Das ist so Brauch.
Doch das ist die Frage
vom heutigen Tage:
Schlägt auch dein Herz so liebewarm:
Liebst du auch?

Wenn die Not der Zeit
an dir auch schreit
und auch dein Herz wird liebevoll,
dann denk daran:
Liebe will Tat erweisen.
Die Hungernden speisen
— das ist das Erste, was Liebe soll.
Es — sei — getan! Fr. Hindenlang.

Das will sagen, fromme Worte und liebevolle Gefühle allein genügen nicht, die vielfache Not des kommenden Winters zu bannen und Hungernden warmes Essen zu verschaffen, Sie sind aber Voraussetzung für notwendige Taten für das Werk der Winternothilfe. Die obigen Zeilen in ihrem bescheidenen Rhythmus wollen Herzen bewegen, wollen Anlaß zur Hilfsbereitschaft, zur Gebefreudigkeit sein.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Ueber Störungen des Kaminzugs. Die bekannte unangenehme Störung des Kaminzugs bei Windanfall kommt daher, daß im Windschatten eines Gebäudes Unterdruck entsteht, der in den auf der Leeseite liegenden Räumen dem natürlichen Auftrieb des Kamins entgegenwirkt. Namentlich beim Anfeuern dringt dabei der Rauch in die zu beheizenden Räume. Man begegnet dem Mißstand dadurch, daß man die Fenster auf der vom Wind abgelegenen Seite dicht schließt, die Fenster auf der Luvseite aber, namentlich beim Anfeuern, öffnet. Der Schornstein muß genügende Höhe haben, mindestens noch fünf Meter für das oberste Stockwerk, gegen Abkühlung gut geschützt sein und durch einen Kurzzug (Anheizklappe) rasch angewärmt werden können. Nun sind neuerdings trotz dieser Maßregeln da und dort und zwar besonders bei den nach der neuen Bauweise erstellten Gebäudeblocks mit langer, außen vollständig glatter Hausflucht schlimme Zugstörungen aufgetreten, die sich zunächst durch keines der bekannten Mittel beseitigen ließen. Der Bayerische Wärmewirtschaftsverband kam nach gründlicher Untersuchung eines typischen Falles der Siedlung Neu-Harlaching bei München zu dem Ergebnis, daß die vorher in solchem Ausmaß nicht gekannten Erscheinungen durch die stark saugende Wirkung der an den langen glatten Hausflächen mit unverminderter Geschwindigkeit vorbeistreichenden Winde hervorgerufen werden. Der Wind wird hier nicht wie bei den alten Bauten durch Vorsprünge von Gesimsen, Verzierungen, Erkern und Balkonen, abgebremst. Mit gutem Bedacht sind z. B. in den alten Gebirgsorten in den Straßen, die in der Hauptwindrichtung liegen, die Häuser gestaffelt, um den durchrasenden Föhnsturm zu brechen und an den Häusermauern die Windgeschwindigkeit zu vermindern. Bei glatten Mauerfluchten ist die Saugwirkung durch Tür- und Fensterspalten und der hiedurch entstehende Unterdruck in den Innenräumen auch auf der Luvseite so groß, daß in dem einzig vorhandenen Ausgleichskanal, der die Innenräume mit der Außenluft verbindet, dem Kamin, eine rückläufige Strömung eintritt, bei der die Abgase der Oefen, Rauch und Ruß, in die Innenräume treten müssen. Mit einer Kaminerhöhung ist in solchen Fällen der Störung nicht beizukommen.

Das Ergebnis der Untersuchungen des Bayerischen Wärmewirtschaftsverbands war die Schaffung eines Kaminaufsatzes, des sog. „Beja"-Staudruckaugers, der durch den in dem Aufsatz entstehenden Staudruck bei allen Windanfallsrichtungen eine besonders starke Saugwirkung aus dem Kamin heraus hervorruft. Der Aufsatz kann in Blech, Stampfbeton oder Steinzeug ausgeführt werden. Zur Beratung in ähnlichen Fällen, wie überhaupt in allen Fragen der häuslichen Wärmeversorgung, wende man sich an die Geschäftsstelle des Württ. Wärmewirtschaftsverbands im Landesgewerbemuseum, Stuttgart, Fernsprecher 21541.

Humor

Die mehr oder weniger junge Dame stand als Zeugin vor dem Gericht und kam ins Kreuzverhör. „Wie alt sind Sie?" Sie zögerte. — „Zögern Sie nicht!" sagte der Richter, „jede Sekunde macht es schlimmer!"

Anzüglich. Chef eines Warenhauses (der beobachtet hat, wie eine Besucherin verschiedene Gegenstände verschwinden ließ): „Gnädige Frau, in Abteilung 4 haben wir sehr schöne Handkoffer. Vielleicht kaufen Sie einen, um die Sachen nach Hause zu tragen!"

Der Brief. „Lieber Gatte, ich vergehe vor Sehnsucht. Wenn ich abends am Nagel deinen Schlafrock hangen sehe, so denke ich: Ach, hinge doch mein lieber Gatte da."

Schmerzhafte Erinnerung. „Dieser Mensch hinterläßt in meinem Leben eine Lücke." — „Sie waren wohl sehr befreundet mit ihm?" — „Nein, beim Boxen hat er mir drei Zähne ausgeschlagen."

Letzte Nachrichten

Breitscheid warnt Frankreich
Sozialdemokratie und Nationalsozialismus

Kassel, 10. November. Der sozialdemokratische Führer Dr. Breitscheidt richtete Montagabend im Rahmen einer Revolutionsfeier der Kasseler S.P.D. eine Warnung an Frankreich. Er führte unter anderem aus: Wie alle Befürworter der Verständigungspolitik, sei auch die Sozialdemokratie weit davon entfernt, den Friedensvertrag von Versailles und die ihnen gefolgten Diktate als Ausdrucksform des Rechts und der wirtschaftlichen Vernunft anzuerkennen. Aber mit Stresemann und seinen Anhängern sei die S.P.D. der Meinung gewesen, daß die seit Beendigung des Krieges eingeschlagene und durchgehaltene deutsche Außenpolitik der einzige Weg sei, um die Vernunft in der Welt zum Siege zu führen. Wenn sich die auswärtigen Politiker der Alliierten heute darüber beschweren, daß der Nationalismus in Deutschland wieder erstarkt sei und eine Gefährdung des Friedens der Welt bilde, so daß Frankreich immer wieder Sicherungen glaube fordern zu müssen, so müßten sich die Träger dieser Politik gesagt sein lassen, daß ihre Haltung das Wiedererstarken des deutschen Nationalismus verursacht habe. Er, Breitscheid, halte es in dieser Stunde, unmittelbar vor dem Beginn neuer Verhandlungen mit Frankreich, für seine Pflicht, die Warnung auszusprechen, daß Frankreich in diesen Verhandlungen klug und einsichtig sein möge und auf Forderungen verzichtet, die nach französischer Meinung dem deutschen Nationalismus die Flügel stutzen könnten. Frankreich soll vielmehr durch eine vernünftige Haltung in der Frage der Reparationspolitik Deutschlands ermöglichen, seine öffentlichen Finanzen und seine Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das sei das beste Mittel zur Bekämpfung des deutschen Nationalismus.

Die Adresse der Opposition zur Ansprache des Königs

London, 10. November. In der von der Opposition im Unterhaus vorgebrachten Adresse zur Danksagung für die Eröffnungsansprache des Königs machte der Führer der Opposition Lansbury geltend, daß im Jahre 1918 das Parlament einen Frieden gemacht hätte, der kein Frieden gewesen sei. Es war ein Frieden, so sagte er, der dem deutschen Volke die Schuld an dem großen Krieg aufbürdete. Wie aber jedermann wüßte, ist das deutsche Volk nicht mehr verantwortlich als jeder andere, was ja klar aus den jetzt erschlossenen Memoiren der Männer, die den Krieg und den Frieden gemacht haben, hervorgeht. Wäre es für die Regierung jetzt nicht an der Zeit, ihre Betrachtungen über die Frage, was hinsichtlich der Reparationen und Wiedergutmachung geschehen sollte, in diesem Sinne zu lösen, wie es von der internationalen Arbeiterbewegung gefordert wird, nämlich, jedes Andenken an den Krieg dadurch auszulöschen, daß alle Wiedergutmachungen und Reparationen in der ganzen Welt ausgestrichen würden. Lansbury meinte, daß ein solcher Schritt, heute getan, rasch zur Gesundung der Welt beitragen müßte; dann werde die Welt ernten, was sie gesät hat, genau so wie sie jetzt erntet, was sie 1919 und 1920 gesät hat.

Schiffskatastrophe in der Biscaya?

Bordeaux, 10. November. Nach einem von der hiesigen Funkstation aufgefangenen Funkspruch befand sich der Dampfer „Gorgios" auf 45 Grad 47 Minuten nördlicher Breite und 7 Grad 22 Minuten westlicher Länge in Seenot. (Die angegebene Position liegt in der Biscaya). Aus einem weiteren Funkspruch scheint hervorzugehen, daß es einem Dampfer gelungen ist, einige Leute von der „Gorgios" zu retten, doch sollen noch weitere 118 Mann an Bord des Schiffes gewesen sein. Von der „Gorgios" fehlt seit diesem zweiten Funkspruch jede Spur.

Eine Stadt in Honduras durch einen Orkan zerstört

Newyork, 10. November. Nach einer Meldung aus Tegucigalpa in Honduras ist die Stadt Lasmasica durch einen Orkan vollkommen zerstört worden. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen. Man fürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

* — **Mutmaßliches Wetter für Donnerstag**

Die nordwestliche Depression hat ihren Einfluß auch auf Süddeutschland ausgedehnt und es ist zu starken Regenfällen gekommen. Für Donnerstag ist immer noch mehrfach bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Hinweis

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt ein sehr reichhaltiger Prospekt der Firma Chr. Krauß über **Bleyles-Kleidung** bei, den wir der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen. — Denken Sie rechtzeitig an Ihre Weihnachtseinkäufe, damit auch besondere Wünsche Berücksichtigung finden können.

Amtliche Bekanntmachungen

Gaststättenwesen.

Nach § 16 des Gaststättengesetzes ist verboten:

1. an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu eigenem Genusse zu verabreichen;
2. an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters auch andere geistige Getränke oder Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft zu eigenem Genusse zu verabreichen;
3. geistige Getränke im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Betrunkene zu verabreichen;
4. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel durch Automaten feilzuhalten;
5. das Verabfolgen von Speisen in Gast- oder Schankwirtschaften von der Bestellung von Getränken abhängig zu machen oder bei der Nichtbestellung von Getränken eine Erhöhung der Preise eintreten zu lassen;
6. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel auf Turn-, Spiel-, Sport-Plätzen oder -Hallen zu verabreichen.

Zuwiderhandlungen hiegegen werden mit Haft und mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft (§ 29 Ziff. 8 des Gesetzes).

Die **Ortspolizeibehörden** und die Landjägermannschaft werden angewiesen, die Einhaltung der Verbotsvorschriften zu überwachen.

Nagold, den 9. November 1931.

Oberamt:
Baitinger.

Zumweiler.

Die auf heute mittag anberaumte

Zwangsversteigerung findet nicht statt.

Gerichtsvollzieherstelle Nagold.

Modezeitungen!

Wäsche- und Handarbeitszeitungen
Handarbeits-Sonderhefte
empfiehlt in sehr großer Auswahl die

W. Rieker'sche Buchhandlung, Altensteig

Besenfeld.

Freiwillige Waldversteigerung.

Der gesamte Grundbesitz von **Wilhelm und Ludwig Bauer in Gernsbach**

P. N. 434, 12 ha 42 a Wald im Kirchbühlwald
P. N. 533, 536, 537, 538/2, 6 ha 55 a Wiese, Acker u. Wald im hinteren Wald u. Schorrental
P. N. 638, 3 ha 94 a Wald im Mühlhalderwald
P. N. 940, 9 ha 04 a Wald im Winterwald
P. N. 754, 8 ha 38 a Wald in der Klötzhalde
P. N. 307, 308, 309, 437, 5 ha 88 a Wald im Hasengrund
P. N. 238/4, 16 a Pflanzgarten in den Birken

kommt am

Samstag, den 14. Nov. 1931, vormittags 10 Uhr

im Rathaus in Besenfeld **im zweiten und letzten Termin** zur Versteigerung.

Grundbuchamt:
Bezirksnotar Heide.

Musik-Verein Altensteig

Heute abend wieder Singstunde.

Hamburger Kaffee-Importhaus bietet hohe Provision und festes Gehalt bei Bewährung rühr. Personen für Uebernahme v. Verteilungsstellen. Gute Verdienstmöglichkeit.
Julius F. C. Martens, Hamburg 1

Einen getragenen, grauen

Militärmantel

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preisangabe an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Strickwolle

1 Pfund **Mk. 3.20**
empfiehlt

Hans Schmidt, Altensteig

Burger Schweizerstumpen
bekannteste Qualitäts-Marken in rund und gepreßt
Banderole 10 ₰
im Groß- und Kleinverkauf bei

Chr. Burghard jr.
Altensteig

Warzen beseitigt schnell u. schmerzlos Dr. Bufleibs Warzenzerstörer
Löwen-Drogerie Hiller
Marktplatz.

Göttelfingen.

Todes-Anzeige.

Hiermit geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß uns unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Luise Jetter, Nähterin

gestern abend nach kurzer Krankheit im Alter von beinahe 67 Jahren durch den Tod entrissen wurde.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
der Bruder **Johannes Jetter.**

Beerdigung Donnerstag nachmittag 2 Uhr.

Stand- und Wanduhren

kauft man am besten direkt von der Weltuhrenstadt **Schwenningen** schon von

RM. 25.- an

Ich liefere nur **Qualitätsware** mit bekannt niedrigsten Preisen und angenehmer **Teilzahlung,** sowie mehrjähriger **Garantie.** — Verlangen Sie sofort per Postkarte kostenlosen Katalog von der bekannten Firma

A. Maier, Schwenningen
Schwarzwald, — Sturmbühlstraße 38—40.

Neue Kalender für 1932

Lahrer Hinkender Bote	60 Pfg.
Evang. Württ. Kalender	50 Pfg.
Der lustige Stuttgarter Bilder-Kalender	50 Pfg.
Lorcher Astrologischer Kalender	1.50 Mk.
Immergrün-Kalender	50 Pfg.
Schwäbischer Heimat-Kalender	50 Pfg.
Losungsbüchlein cart. 80 Pfg., geb.	1.— Mk.
sowie	
Abreiß-Kalender, Neukirchner Kalender	1.— Mk.
Herrnhuter Losungskalender	1.— Mk.

sind vorrätig in der

W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw